



Antrag

der Abgeordneten **Diana Stachowitz, Klaus Adelt, Inge Aures, Florian von Brunn, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Horst Arnold, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Dr. Simone Strohmayer, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann, Margit Wild SPD**

Arbeitnehmerschutz in der bayerischen Fleischindustrie vor Lobbyinteressen stellen – keine wertvolle Zeit bei der Umsetzung des Arbeitsschutzkontrollgesetzes verlieren

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene konstruktiv für eine zügige Umsetzung des geplanten Arbeitsschutzkontrollgesetzes einzusetzen.

Begründung:

Die zahlreichen Beispiele von Corona-Infektionen in verschiedenen Betrieben der Fleischindustrie – in Bayern unter anderem am Geflügelschlachthof im niederbayerischen Landkreis Straubing-Bogen – haben dringenden Handlungsbedarf zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen für die Beschäftigten in den Schlachthöfen und Zerlegebetrieben offengelegt.

Unabhängig von den Auswirkungen der Corona-Pandemie lassen sich seit vielen Jahren verfestigte inakzeptable Umstände im Bereich der Arbeitsbedingungen und der Wohnsituation der Arbeitskräfte konstatieren. Diese müssen umgehend verbessert werden. Das Gesetz zur Verbesserung des Vollzugs im Arbeitsschutz (Arbeitsschutzkontrollgesetz), das auf Initiative des Bundesministers für Arbeit und Soziales Hubertus Heil umgesetzt werden soll, sorgt in diesem Rahmen mit einem generellen Verbot von Werkverträgen und Leiharbeit in der Fleischbranche, der Einführung einer elektronischen Arbeitszeiterfassung, Mindeststandards für die Ausstattung von Gemeinschaftsunterkünften und einer Mindestquote von Arbeitsschutzkontrollen für die richtigen Weichenstellungen.

Dennoch wurde nach Vorlage des Gesetzentwurfs des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales bislang noch immer kein Weg zur Umsetzung des Vorhabens gefunden, obwohl sowohl Beschäftigte als auch Unternehmen der betreffenden Branchen dringend Rechts- und Planungssicherheit brauchen. Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, sich mit Nachdruck für konstruktive Lösungen und eine zeitnahe Umsetzung der gesetzlichen Regelung einzusetzen.